

**DIE RÜCKKEHR DES STAATS** Erstarkt der Staat in der Krise? In Deutschland muss die Regierung Gesetze bereits von privaten Grosskanzleien schreiben lassen.

# Her mit dem Geld, und dann hau ab

Von Wolfgang Storz

Der, der dazu ausersehen ist, alle aus der grossen Krise zu retten, könnte am Ende deren grösstes Opfer sein – der Staat. Als die Krise im August 2007 unübersehbar an die politische Oberfläche durchbrach, hiess es: Der Staat ist zurück, als grosse Autorität, erwachsen aus den Trümmern der Ideologie der Marktradikalen. Und nun?

Der Staat hat – mit dem Geld der SteuerzahlerInnen – zweierlei gemacht: Er sicherte die Banken ab und befreite sie von toxischen Papieren in Milliardenhöhe. Hätte er dies nicht getan, wären in vielen Ländern die meisten Banken bankrott. So werden mit dem Geld aller, mit Staatsschulden, Spekulationsverluste ausgeglichen, zulasten der künftigen Generationen.

Und er steht mit Bürgschaften und Subventionen für die Sanierung von wichtigen Unternehmen und Branchen ein. Die marktradikalen Kräfte, die dem Staat in den vergangenen zwanzig Jahren Ansehen und Handlungsspielraum geraubt haben, werfen ihm die grösste Krise aller Zeiten vor die Füsse und sagen: Mach mal! Indem der Staat diese Aufgaben annimmt, ohne dass die Politik ständig auf die begrenzten Möglichkeiten aufmerksam macht, schüren die beiden zwangsläufig die Erwartungen

ins Unermessliche; vermutlich der erste grosse Fehler, den die Politik in diesen Zeiten machte und macht.

## Retten, aber wie?

Wird es dem Staat nun gedankt, dass er dies alles tut? In Deutschland wird, angeheizt von den ungebrochen mächtigen Marktradikalen, intensiv debattiert, es sei ja gut, dass der Staat geholfen habe, aber nun müsse man dringend über «Exit-Strategien» nachdenken.

Die alten Stereotypen funktionieren weiterhin – und ungeprüft: Der Staat sei nun einmal nicht der bessere Unternehmer oder Banker. Sein Geld wird genommen, aber dann soll er sich schleichen.

Dass dies schon wieder ungestraft, meist sogar unwidersprochen gesagt werden kann, deutet auf Versäumnisse hin: Es gab schon die Erwartung, dass der Staat anders als früher handelt. Aber das tut er nicht: Er will Opel retten und sucht nicht nach intelligenten Wegen, um den Beschäftigten zu helfen – in Zeiten von heillosen Überkapazitäten im Automobilbereich ein feiner, aber entscheidender Unterschied. Er finanziert mit fünf Milliarden Euro den Ausverkauf von Autos, egal ob umweltgerecht oder nicht, stellt aber – so die jüngste Entscheidung der Bundesregierung – erst einmal kein Geld zur Verfügung, um Elektrofahrzeuge zu fördern. Er un-

tergräbt seine Autorität also auch mit zu viel altem, überholtem Staatshandeln aus den Zeiten der schweren Autos.

Ausschlaggebend ist jedoch der folgende Punkt, den der renommierte Soziologe Wolfgang Streeck, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, in den Vordergrund rückt: «Die Finanzkrise macht den Staat zur Geisel des Kapitalismus. Er versinkt

.....  
**In der Renaissance des Staates könnte also seine bisher grösste Niederlage stecken.**

noch weiter in Schulden und verliert jeden politischen Spielraum.» Laut Streeck könnten die aktuellen Ereignisse «als Fortsetzung einer langfristigen und bald vielleicht endgültigen Verausgabung der staatlichen Handlungsfähigkeit gelesen werden». Auch wenn die Aktien wieder steigen und die Rendite der Deutschen Bank erneut auf über zwanzig Prozent steigt (was heute schon der Fall ist),

der Staat bleibe «als Invaliden auf dem Schlachtfeld der Krise zurück». Denn «die Lösegeldzahlungen an Banken und Industrien werden das politische Spiel grundlegend verändern».

## Die Schulden des Staates

Streeck debattiert zwei Auswege: eine Politik der Inflation und eine Politik «mit einem scharfen Anstieg der Besteuerung hoher Einkommen». Der erste Weg wird die Autorität des Staates schwächen. Den zweiten Weg vertritt in Deutschland bisher nur die Partei Die Linke energisch. Und da wäre noch der dritte Weg, der in den wirtschaftsliberalen Medien debattiert wird: Nach den Wahlen werde es, etwas martialisch ausgedrückt, ein soziales Blutbad geben, um die Staatsschulden zu verringern. Denn es sind die Schulden des Staates. Sie werden beispielsweise in der Medienberichterstattung bereits unverblümt der Politik in die Schuhe geschoben; von denjenigen, die das alles verursacht haben, ist keine Rede mehr.

Es kommen noch zwei Punkte hinzu, die verglichen mit der Schuldenfrage marginal erscheinen, für eine Demokratie jedoch ideell ähnlich schwer wiegen. Ministerien beauftragen zunehmend Anwaltsfabriken, um Gesetzesentwürfe auszuarbeiten. Das deutsche Wirtschaftsministerium ist nur noch eine leere Hül-

le und hat sich gerade den kompletten Entwurf «zur Ergänzung des Kreditwesengesetzes» von einer britischen Grosskanzlei liefern lassen. Das Finanzministerium braucht also die Hilfe einer externen Anwaltskanzlei, um wichtige Finanzmarktgesetze zu schreiben.

Das ist kein Zufall, sondern Folge einer jahrzehntelangen Politik der Entstaatlichung und der Privatisierung: Der Staat wurde angehalten, entsprechende Kompetenzen abzubauen, weil er sich aus der Wirtschaft herauszuhalten hatte.

Und dann ist da noch die Glaubwürdigkeit der politischen Krisenmanager. Dass Finanzminister Peer Steinbrück und Kanzlerin Angela Merkel sich in ihrem Koalitionsprogramm vorgenommen hatten, die Arbeit der beiden Regierungen Schröder fortzusetzen und die Finanzmärkte noch stärker zu liberalisieren. Jeder weiss es, aber niemand spricht es aus, da gibt es kaum Selbstkritik, weshalb das Wissen wie Gift wirkt; die Sünde wird verdrängt.

In der Renaissance des Staates könnte also seine bisher grösste Niederlage stecken. Wegen Überforderung, wegen des Sichverzetteln und wegen des Versäumnisses, sich entschieden um die eigentliche Frage zu kümmern: den Kapitalismus so umzubauen, dass sich solche Dramen nicht wiederholen. ♦